

Newsletter Nummer 18 – April 2016

Editorial

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Hamburger Westen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wie auch im letzten Jahr bleibt das dominierende und uns alle beschäftigende Thema die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Vieles ist schon passiert – vieles bleibt noch zu tun. Dabei behalten wir neben der Schaffung von Unterkünften stets auch die Integration über Bildung, Sprache und Arbeit im Blick – mehr dazu im Einzelnen im Innenteil.

Besonders freut es mich, dass der Vorschlag des Bezirks eines „Internationalen Quartiers“ für die geplante Unterkunft in Rissen nun auch die Zustimmung des Senats gefunden hat. Viele Rissener beschäftigt dieses Thema bereits seit mehreren Wochen und Monaten. Erfreulich ist deshalb ebenso die von dem Bezirksamt mittlerweile begonnene Bürgerbeteiligung zu diesem Projekt.

Flüchtlinge sind aber nicht das einzige Thema, das mich in meiner parlamentarischen Arbeit beschäftigt. Ich freue mich sehr, dass nun im Februar eine für Altona bedeutende Entscheidung gefallen ist: Der lange A7-Deckel Altona kommt!

Über diese und viele weitere Nachrichten aus und für den Wahlkreis sowie der Bürgerschaft berichte ich in dieser Ausgabe meines Newsletters. Ich wünsche viel Vergnügen bei der Lektüre!

Herzlichst Ihr und Euer

Frank Schmitt

Hamburger Westen

Verkehr

Luruper Hauptstraße

Seit dem 5. März wird eine der wichtigsten Verkehrsachsen des Hamburger Westens saniert. Über 4 Kilometer von der Stresemannstraße bis zur Luruper Hauptstraße werden die Fahrbahn, Rad- und Gehwege erneuert sowie Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut. „Auch wenn dies erstmal Baustellen und Staus bedeutet, ist die Maßnahme richtig“, so Frank Schmitt.

An dem bereits abgeschlossenen Umbau der Bushaltestellen im weiteren Verlauf der Luruper Hauptstraße übt der Abgeordnete nach wie vor Kritik. „Dass hier Radwege für wenige Meter unterbrochen werden, ist für mich sehr unverständlich und nicht zufriedenstellend.“

Gemeinsam mit der verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Bezirksfraktion Ute Naujokat setzt er sich für eine Verbesserung ein. Außerdem möchten die beiden SPD-Politiker die Einrichtung einer Ampel bei der Einmündung Fahrenort erwirken, ein Wunsch vieler Bewohner der neuen Seniorenunterkunft Fama Wohnen.

Hier gilt es noch dicke Bretter zu bohren: Eine Überplanung der Luruper Hauptstraße ist ab 2017 vorgesehen.

Autobahn A7

Langer Deckel für Altona beschlossene Sache

Die Entscheidung für den langen Deckel in Altona ist gefallen! Die Altonaer Abgeordneten der Bürgerschaft hatten sich bereits seit längerem für die Verlängerung des Lärmschutzdeckels über der A7 eingesetzt. Seit über 20 Jahren hat sich die Bürgerinitiative „Ohne Dach ist Krach“ um Bernt Grabow und den SPD-Bezirksabgeordneten Wolfgang Kaeser für die Überdeckung der A7 in Bahrenfeld und Othmarschen engagiert.

Mit der Erweiterung der A7 von sechs Spuren auf acht Spuren ist der Bund verpflichtet für besseren Lärmschutz zu sorgen. Jedoch übernimmt der Bund nur die Kosten für einen 730 Meter langen Deckel sowie für Lärmschutzwände auf dem restlichen Abschnitt. Hamburg möchte aber einen langen Deckel über 2300 Meter, welcher nicht nur vor Lärm schützt, sondern auch die Stadtteile Bahrenfeld und Othmarschen wieder miteinander verbindet. Die dafür entstehenden Kosten werden teils durch den Erlös der Grundstücke an der Autobahn gedeckt, wo dann 2200 Wohnungen entstehen sollen. Der Erlös soll 85 Millionen Euro betragen, sodass die Stadt noch knapp 180 Millionen Euro statt 265 Millionen Euro finanzieren muss.

Eine formelle Drucksache und die offizielle Zustimmung der Bürgerschaft werden bis Sommer erwartet. Mit dem Bezirksamt und der Bezirksversammlung Altona wird es einen Letter of Intent geben, der den Deckelbau sowie den damit verbundenen Wohnungsbau auf den Verwertungsflächen sicherstellt. Mit der Fertigstellung des Lärmschutzdeckels wird im Jahr 2022 gerechnet.

Verkehr

HVV-Angebot im Westen verbessert

Das Motto bei der Fahrplanumstellung des HVV zum Ende des letzten Jahres lautete: größere Fahrzeuge und dichtere Taktung. Die Verbesserungen im Hamburger Westen machen sich auf verschiedenen Buslinien positiv bemerkbar.

Generell ist auf allen Anzeigen der MetroBus-Linien das Kürzel „M“ wieder verschwunden. Dies hatte zu einer schlechteren Lesbarkeit und Verwirrungen bei Fahrgästen geführt. Die MetroBus-Linie 21 wurde zudem auf einen Gelenkbusbetrieb umgestellt, um den Fahrkomfort zu verbessern. Die frei werdenden Buskapazitäten werden jetzt auf den Linien 186 und 284 eingesetzt: Die Fahrgäste der 186 profitieren somit von einer Taktverdichtung; beim 284er starten vermehrt Busse bereits ab Neißestraße.

„Die Veränderungen sind ein weiterer Schritt zu einer besseren Anbindung von Lurup und Osdorf“, unterstreicht Frank Schmitt. So wurde auch der Takt des MetroBus 3 an Tagesrandlagen sowie am Sonntag von 30 auf 20 Minuten verdichtet. „Gleichzeitig bleibt die Forderung nach einer Ausweitung des Angebots des MetroBus 3 auf die späteren Abendstunden unbeantwortet. Da werde ich weiter am Ball bleiben“, ergänzt der Wahlkreisabgeordnete.

Auch auf der MetroBus-Linie 22 hat sich was getan: Der 10-Min.-Takt zwischen Rugenbarg (Nord) und U Kellinghusenstraße wurde werktags bis ca. 20:30 Uhr verlängert und beginnt sonnabends schon gegen 10.30 Uhr. Abends nach 21 Uhr fährt der 22er nun auch über den Kressenweg hinaus von/nach Osdorf und S Blankenese.

Sanierungsfonds Hamburg 202

105.000 Euro für das Bürgerhaus Bornheide

Es gibt wieder gute Nachrichten aus der Bürgerschaft für den Hamburger Westen. Das Bürgerhaus Bornheide bekommt zusätzliche 105.000 Euro für noch nicht fertiggestellte Bau-maßnahmen. Dafür hatten sich die Wahlkreisabgeordneten Filiz Demirel (Grüne), Anne Krischok und Frank Schmitt (beide SPD) gemeinsam eingesetzt.

Mit den Mitteln aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020 kann jetzt mit 65.000 Euro ein Vordach für das Café finanziert werden. Gerade das Bürgercafé ist ein beliebter Treffpunkt von Jung und Alt, jetzt können die Besucher bei jeder Wetterlage auch draußen sitzen.

Weitere 20.000 Euro fließen in die Herrichtung der Wandfliesen bei den Sanitäranlagen, da die bisherige Behandlung mit wasserabweisender Farbe sich als unzureichend herausstellte. Eine breite Mehrheit der Gäste des Bürgerhauses hatte sich außerdem eine Verbesserung der Außenbeleuchtung gewünscht, um das Sicherheitsgefühl bei Einbruch der Dunkelheit zu verbessern. Auch dies kann nun mithilfe von 20.000 Euro realisiert werden.

Frank Schmitt: „Ich freue mich, dass nun auch die Bürgerschaft einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Bürgerhauses leisten kann. Es hat sich zu einem wichtigen Treffpunkt im Stadtteil entwickelt, welches wir mit großer Freude unterstützen.“

Flüchtlingsunterbringung

Planung und Beteiligung beim Quartier Rissen

Endlich mehr Klarheit für Rissen: Am Standort Rissen/Suurheid werden nicht 800, sondern maximal 600 Wohnungen entstehen. Davon sollen maximal 400 mit Flüchtlingen belegt werden. Dazu plant das Bezirksamt rund 2.500 Quadratmeter Fläche für soziale Gemeinschaftseinrichtungen. Weitere 400 Wohnungen für Flüchtlinge sollen auf drei weitere Standorte im Altonaer Kerngebiet an der Baurstraße, am Hohenzollernring und an der Gaußstraße verteilt werden. „Ich freue mich, dass der Senat dem überzeugenden Vorschlag des Bezirks für ein internationales Quartier folgt“, so Frank Schmitt, zu dessen Wahlkreis auch Rissen gehört. „Nun gilt es die konkrete Planung zügig voranzubringen.“

Dabei müssen noch ein paar Unwegsamkeiten aus dem Weg geräumt werden. So ist der Großteil des Gebiets – 7,2 von rund 8,7 Hektar – noch im Besitz des Bundes. Hierzu laufen derzeit noch Kaufverhandlungen zwischen der Hansestadt und dem Bund. Zudem sind noch Untersuchungen des Bodens auf Altlasten nötig. Aufgründdessen wird der erste Bauabschnitt voraussichtlich die Fläche der ehemaligen Schwesternwohnheime betreffen, die sich bereits in städtischer Hand befindet.

Bei den aktuellen Planungen stehen nicht nur die reine Bauplanung, sondern auch Aspekte der Integration im Mittelpunkt. SPD und Grüne haben sowohl in der Bürgerschaft als auch im Bezirk bereits entsprechende Anträge eingebracht. Das 25 Punkte umfassende Papier der Bürgerschaftsfraktionen befasst sich unter anderem mit den Themen Schule, Sport, Gesundheit und Arbeit. Frank Schmitt begrüßt insbesondere die Entscheidung den Quartiersfonds zu diesem Zweck für jeden Bezirk um eine Million Euro zu erhöhen und an den neuen Standorten Quartiersmanager einzusetzen. „Ein Quartiersmanager kann – gemeinsam mit alten und neuen Anwohnern – die Entwicklung des Stadtteils als Ganzes voranbringen und so entscheidend zum guten Miteinander beitragen.“

Wie dies zukünftig in Rissen gelingen kann, möchte das Bezirksamt gemeinsam mit den Anwohnern entwickeln. In einem mehrstufigen Dialogverfahren sind die Rissener gefragt, ihre Ideen zur Gestaltung des neuen Quartiers und zur Integration in den Stadtteil einzubringen. Nach der Auftaktveranstaltung am 1. März haben sich drei Fokusgruppen gebildet zu den Themen Städtebau - Architektur - Wohnen, Wege zur Integration sowie Freiräume - Wegebeziehungen - Infrastruktur. Bis zum Sommer sollen die Ergebnisse zusammengetragen werden.

„Ich freue mich sehr, dass das Bezirksamt diesen Beteiligungsprozess nun gemeinsam mit den Anwohnern begonnen hat und sich so viele Rissener bei der Integration ihrer neuen Nachbarn beteiligen“, so der Wahlkreisabgeordnete. „Auch ich werde mich selbstverständlich weiter für das Gelingen dieses Projektes engagieren.“

Aktuelle Informationen für Altona finden Sie im Internet unter www.hamburg.de/altona/buergerdialog-fluechtlingswohnen.

Stadtteilschule Lurup

Großzügiges Schulgelände

Bei den Großprojekten in seinem Wahlkreis bleibt Frank Schmitt am Ball. Nun hat er beim Senat bezüglich der Planung des Erweiterungsbaus der Stadtteilschule Lurup nachgefragt. Vergangenes Jahr hatte eine mögliche Wohnbebauung auf einem Teil des für den Erweiterungsbau zur Verfügung stehenden Grundstücks für Kritik gesorgt. Schüler und Elternrat forderten keine Freifläche für Wohnungsbau zu opfern.

Die Antworten des Senats zeigen: Für die Stadtteilschule wird nun ein großzügiges Areal von 21.210 Quadratmetern vorgesehen. Davon entfallen 14.000 Quadratmeter auf die Außenfläche, der Schulbau umfasst rund 12.582 Quadratmeter Nettogrundfläche. Dies entspricht dem Entwurf von Behnisch Architekten, der aus dem Architektenwettbewerb als Sieger hervorgegangen war und auch von Schülern und Elternrat der Stadtteilschule favorisiert wurde. Wohnungsbau wird nur noch auf einer angrenzenden Fläche von 3.201 Quadratmetern geplant. Dort sollen vier Einfamilienhäuser entstehen, die über die Flurstraße erschlossen werden.

Die Behördenplanung sieht außerdem den Bau einer Zwei- und einer Einfeldsporthalle vor. Davon wird eine Hallenfläche als Multifunktionshalle so geplant, dass sie zugleich als Veranstaltungsort für Schule und Stadtteil nutzbar ist. Baubeginn auf dem neuen Schulgelände soll voraussichtlich 2017 sein, Abschluss und Übergabe 2019.

„Das Engagement für einen großzügig angelegten Neubau hat sich gelohnt. Ich freue mich, dass die Schulbehörde die Planungen nun in diesem Sinne voranbringt“, so Frank Schmitt.

Schiienenanbindung

U5: Breite Bürgerbeteiligung geplant

Viele Bürgerinnen und Bürger im Osdorfer Born und in Lurup bewegt die Anbindung ihrer Stadtteile an das öffentliche Nahverkehrsnetz. Bei Planung und Bau der neuen Schienenanbindung sollen sie nun möglichst frühzeitig und über das gesetzlich vorgegebene Maß hinaus beteiligt werden. Dies hat die Bürgerschaft auf Initiative der Regierungsfractionen von SPD und Grünen beschlossen.

Die Beteiligungsverfahren für die verschiedenen Streckenabschnitte sollen jeweils möglichst frühzeitig beginnen, sodass die Ideen, Wünsche und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen und soweit möglich in die Planungen eingearbeitet werden können. Bei der Diskussion um die Ausgestaltung müssen die Planer jedoch stets auch die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit im Blick behalten, um die Finanzierung beispielsweise über Bundesmittel sicherzustellen.

Für eine Schienenanbindung von Lurup und dem Osdorfer Born steht nun zunächst noch die Entscheidung über den Variantenvergleich zwischen U- und S-Bahn an. Diese soll noch in diesem Jahr getroffen werden.

Anschließend daran erfolgt eine Machbarkeitsstudie, über dessen Ergebnisse der Senat der Bürgerschaft dann voraussichtlich 2017 unterrichten wird.

„Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass mit den Planungen und in der Folge mit den Bauarbeiten möglichst an beiden Enden parallel begonnen werden soll“, hebt

Frank Schmitt hervor. „Die Luruper und Osdorfer warten schon lange genug auf ihre Schienenanbindung. Die Planung muss nun auch für den Westen möglichst zügig vorangehen. Dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen.“

SV Lurup

Inklusion im Sport

Dem SV Lurup liegt die Inklusion von Menschen mit Behinderung am Herzen. Seit einigen Monaten stellt der Sportverein einer Wohngruppe der Lebenshilfe Schenefeld im Böttcherkamp eines seiner neuen Fußballtore zur Verfügung. Insgesamt konnte der SV Lurup dank der Finanzierung über Troncmittel der Bürgerschaft vier Jugend-Tore und fünf Mini-Tore anschaffen (vgl. Newsletter No 16). Frank Schmitt freut sich darüber, dass ein Tor nun auch den elf Bewohnern der Wohngruppe zu Gute kommt.

Bereits Ende letzten Jahres hatte er gemeinsam mit seiner Wahlkreiskollegin Anne Krischok die Wohngruppe auf Einladung von Werner Schönau, Geschäftsführer und 2. Vorsitzender des SV Lurup, besucht und sich bei dieser Gelegenheit über das Zusammenleben sowie über die Pläne des Sportvereins informiert. Denn dieser richtet in diesem Jahr eine neue inklusive Sportgruppe ein – ein Angebot, das sich an Menschen mit und ohne Behinderung richtet, die gemeinsam Sport machen möchten. Drei Übungsleiter und Spender, die das Vorhaben finanziell unterstützen, sind bereits gefunden.

Frank Schmitt freut sich über diesen gelungenen und vielfältigen Einsatz der neuen Tore: „Die Arbeit des SV Lurup unterstütze ich selbstverständlich sehr gerne. Der Verein engagiert sich in allen Bereichen vorbildlich im Stadtteil – sei es bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung oder der Integration von Flüchtlingen.“

Fluglärm

Erste Fortschritte beim Fluglärmschutz im Hamburger Westen

In den letzten zwei Jahren sind die Beschwerdezahlen zum Fluglärm in Hamburg und speziell im Hamburger Westen stark angestiegen. 2015 gingen allein 369 Beschwerden aus Lurup und Osdorf, 118 aus Flottbek und 130 Beschwerden aus dem Bereich Nienstedten/Sülldorf/Rissen bei der Beschwerdeline ein.

Spätestens seit der Veranstaltung „FLSK vor Ort“ im Stadtteilhaus Lurup im Oktober letzten Jahres steht die Lärmproblematik im Hamburger Westen auch auf der Agenda der Fluglärmschutzkommission (FLSK). „An dieser Stelle möchte ich nochmal der Fluglärminitiative IFL aus Lurup danken, die sich hier sehr engagiert für die Bürgerinnen und Bürger im Hamburger Westen einsetzt“, unterstreicht Frank Schmitt.

Bei ihren letzten beiden Sitzungen am 4. Dezember und am 19. Februar hat sich die Fluglärmschutzkommission mit verschiedenen Themen befasst, die den Hamburger Westen betreffen. Nach umfangreichen Messungen und Berechnungen liegen nun Ergebnisse bezüglich des umstrittenen Flachstartverfahrens vor. Bei ihrer Februar-Sitzung sprach sich die Kommission dafür aus, dieses Flachstartverfahren aufgrund der nahen Bebauung im Umfeld des Flughafens in Hamburg nicht mehr anzuwenden. Dafür sollen nun Gespräche mit den Airlines geführt werden. „Dies ist ein wichtiger Schritt für den Hamburger Westen, der besonders von den flachen

Starts betroffen ist. Hier müssen wir nun dranbleiben, damit diese Empfehlung der Fluglärmenschutzkommission auch in die Tat umgesetzt wird“, so der Wahlkreisabgeordnete.

Ein weiterer Fortschritt wurde in der Frage der Veränderung der Abflugrouten erzielt. Bisher schien sich keine Lösung abzuzeichnen. Der Flughafen erklärt, die Abflugroute habe sich nicht geändert, viele Anwohner im Hamburger Westen empfinden das anders. Nun soll eine foto-optische Aufzeichnung der Abflüge Klarheit bringen. Ein entsprechendes Aufzeichnungsgerät möchte die FLSK auf dem Gelände von DESY installieren und die Flugbewegungen in Echtzeit aufzeichnen. Die Messapparatur soll möglichst unter der Centerline - also der Verlängerung der Startbahn - liegen und eine Markierung dieser Centerline enthalten, um Abweichungen bei Abflügen feststellen zu können. Allerdings sind vorher noch verschiedene technische Fragen zu klären und der Datenschutz zu berücksichtigen.

„Ich begrüße diese Entscheidung der FLSK. Auch beim Flachstartverfahren mussten zunächst Messungen durchgeführt werden bevor die FLSK zu einer Entscheidung kommen konnte. Solch konkrete Messungen können eine gute Grundlage für die weitere Diskussion und hoffentlich auch für einen besseren Fluglärmenschutz sein“, erklärt Frank Schmitt.

Bürgerschaft

Gedenken an Ehrenbürger

Flughafen Hamburg „Helmut Schmidt“

Jetzt ist es beschlossene Sache: Der Flughafen Hamburg wird nach Helmut Schmidt umbenannt. Die Bürgerschaft stimmte einem entsprechenden Antrag des Senats in ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr mit breiter Mehrheit zu.

So trägt der Flughafen Hamburg zukünftig den Namenszusatz „Helmut Schmidt“. Der Bundeskanzler a.D. und Sohn der Hansestadt war am 10. Dezember 2015 verstorben. In Hamburg, Deutschland und der ganzen Welt löste sein Tod große Trauer aus.

Über Jahrzehnte hinweg war Helmut Schmidt als Langenhorner im Umfeld des Flughafens zuhause. Die Namensergänzung des Hamburger Flughafens ist nicht nur eine angemessene Ehrung und Würdigung der Verdienste eines der großen Staatsmänner des 20. Jahrhunderts. Es ist gleichzeitig eine für alle Hamburgerinnen und Hamburger und die vielen Gäste unserer Stadt sichtbare, jederzeit präsente und bleibende Erinnerung an Helmut Schmidt.

Forum Flüchtlingshilfe

Ehrenamtliche vernetzen

Das Forum Flüchtlingshilfe ist gestartet. Die Auftaktveranstaltung am 18. Dezember war ein gelungener Einstieg in die Vernetzung der ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe. Das Projekt hatte Rot-Grün in der Bürgerschaft auf den Weg gebracht.

Über 2000 engagierte Hamburger sind der Einladung gefolgt. Der Erste Bürgermeister lobte bei diesem Anlass die vorbildliche Flüchtlingshilfe in Hamburg als neue soziale Bewegung. Nach den Präsentationen im Plenum konnten die Besucher Fragen an die Politiker stellen und mit anderen Ehrenamtlichen ins Gespräch kommen. Auf dem Markt der Möglichkeiten präsentierten verschiedene Initiativen, Vereine und Organisationen ihre Arbeit an Infoständen. Außerdem wurden Mini-Workshops angeboten.

Aus diesem ersten Austausch ergab sich dann die Entwicklung einer Fortbildungsreihe zu verschiedenen Themen. Diese ist bereits im März gestartet. Für den weiteren, regelmäßigen Austausch sind fünf Dialogforen zu den Themen Ausbildung und Arbeit, Sprache, Sport, Kommunikation und Schutz von Frauen vor Gewalt initiiert worden.

Gleichzeitig wird eine weitere zentrale Großveranstaltung geplant. Frank Schmitt begrüßt diese konkreten Schritte: „Auf diese Weise können sich alle in der Flüchtlingshilfe Engagierten über Probleme austauschen und zugleich gegenseitig von ihrem Erfahrungswissen profitieren. Ich freue mich, dass auch Ehrenamtliche aus dem Hamburger Westen mit dabei sind.“

Unterausschuss Parlamentsreform

Senatsbefragung, Speed-Debatten und vieles mehr

Seit einem guten halben Jahr beraten elf Abgeordnete im Unterausschuss Parlamentsreform darüber, wie die Arbeit der Bürgerschaft für die Öffentlichkeit noch ansprechender gestaltet werden kann.

Nach acht Sitzungen haben die Mitglieder in einer sehr arbeitsamen Atmosphäre bereits viele Themen beraten: So wird diskutiert, die Plenarsitzungen auf einen Sitzungstag zu konzentrieren. Bisher tagt die Bürgerschaft in der Regel alle zwei Wochen mittwochs und alle vier Wochen zusätzlich auch donnerstags. Sitzungsbeginn ist bisher jeweils um 15 Uhr. Mit einer Festlegung auf den Mittwoch als einzigen Sitzungstag müsste aber auch der Sitzungsbeginn auf beispielsweise 13 Uhr vorgezogen werden.

Die Abgeordneten streben außerdem an, die Plenarsitzungen lebendiger zu gestalten. So erwägen sie eine Senatsbefragung einzuführen, bei denen Bürgermeister und Senatoren den Abgeordneten im direkten Dialog Rede und Antwort stehen müssen. Zudem wurde vorgeschlagen die Redezeit pro Rede auf fünf Minuten zu begrenzen wie es bereits bei der Aktuellen Stunde üblich ist. Nach dem Vorbild des Europäischen Parlaments könnten auch sogenannte Speed-Debatten eingeführt werden. Dabei hätte jeder Redner nur zwei oder drei Minuten Zeit, um sein Statement auf den Punkt zu bringen. Ein noch ausstehender Punkt auf der Agenda des Unterausschusses ist die Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments.

Aus allen beratenen Vorschlägen wird der Unterausschuss ein konkretes Maßnahmenpaket erarbeiten. Ziel ist es unter den Fraktionen einen möglichst breiten Konsens für die Parlamentsreformen zu erreichen.

Familienausschuss

Tragischer Tod von Tayler

Am 19. Dezember 2015 starb der kleine Tayler vermutlich an den Folgen eines Schütteltraumas. Dazu Frank Schmitt: „Es macht mich sehr betroffen, dass erneut ein Kind unter Obhut eines Jugendamtes in Hamburg zu Tode gekommen ist.“

Der Familienausschuss hat sich unter seinem Vorsitz in zwei Sondersitzungen mit dem Fall von Tayler beschäftigt. Im Zentrum stand dabei die Frage, ob der kleine Junge ausreichend durch das Jugendamt Altona geschützt wurde und welche Konsequenzen aus diesem Fall gezogen werden müssen.

Die Jugendhilfeinspektion kommt in ihrem Bericht zu dem Schluss, dass zwar ausreichende Regelungen zum Kinderschutz vorhanden seien, dass diese aber nicht konsequent angewendet würden.

Nachdem im Jugendamt zunächst in kollegialer Absprache entschieden wurde, Tayler nicht sofort wieder zu seiner Mutter zu geben, veranlasste die zuständige Mitarbeiterin dann doch die Rückführung ohne eine erneute Rücksprache. Zudem war die Zusammenarbeit mit dem Freien Träger, der die Familie zuhause betreute, nicht klar und verbindlich festgelegt. Am Kind beobachtete Verletzungen wurden von der Fachkraft des Trägers nicht an das Jugendamt gemeldet.

„In der letzten Legislatur haben wir im Untersuchungsausschuss zu Yagmur konkrete Empfehlungen und Regelungen erarbeitet. Nun müssen wir die richtigen Instrumente finden, um sicherzustellen, dass diese Vorschriften auch konsequent eingehalten werden“, erklärt Frank Schmitt.

Wohnungsbau

Mehr Stadtplaner und Bauprüfer für die Bezirke

Der Senat möchte sein Wohnungsbauprogramm ausweiten. Auch wenn die Stadt bundesweit bereits Spitzenreiter im Wohnungsbau ist, bleibt der Bedarf anhaltend hoch. Deshalb sollen die Bezirksämter personell gestärkt werden. Denn die Bezirke haben hier eine besondere Bedeutung. Sie müssen das für den Wohnungsbau notwendige Planrecht schaffen und die Baugenehmigungen erteilen – zwei personalintensive Aufgaben.

Im vergangenen Jahr haben die Mitarbeiter der Bezirksämter bereits den Bau von 9.560 Wohnungen genehmigt, in den beiden Vorjahren wurde sogar die 10.000-Marke geknackt. So wurde die gesetzte Zielmarke von 6.000 genehmigten Wohnungen pro Jahr weit übertroffen. Damit sind die Mitarbeiter in den Bezirksämtern bereits stark ausgelastet. Der Senat startet nun gemeinsam mit den Bezirksämtern eine Einstellungsoffensive und stellt zusätzliche Stadtplaner und Bauprüfer ein.

Frank Schmitt zum Antrag der rot-grünen Regierungsfractionen: „Mit steigenden Aufgaben steigt natürlich auch der Personalbedarf. Mit diesem Schritt schaffen wir den nötigen organisatorischen Unterbau, um das Wohnungsbauprogramm in der Praxis umsetzen zu können.“

Verkehrsausschuss

Mobilität trotz kleinem Geldbeutel – die Sozialkarte Hamburg

Mobilität ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen hängt die Teilnahme an Freizeitangeboten oder Veranstaltungen wesentlich von der Möglichkeit ab, kostengünstig Bus und Bahn fahren zu können. Mit der Sozialkarte ermöglicht Hamburg Flüchtlingen sowie Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter einen Preisnachlass auf Zeitkarten des HVV. Aktuell wird die Sozialkarte von 65.000 Menschen in Hamburg genutzt.

Auf Initiative von SPD und Grünen hat die Bürgerschaft nun eine verlässliche und regelmäßige Erhöhung der Sozialkartenzuschüsse beschlossen. Steigen die Fahrpreise im HVV-Gemeinschaftstarif, steigen zukünftig automatisch auch die Ermäßigungen. So ist der Zuschuss bereits bei der Umstellung zum Januar 2016 von 20 auf 20,40 Euro gestiegen.

Abgeleitet vom Modell der Sozialkarte hat die Bürgerschaft darüber hinaus eine verbindliche Mobilitätskarte für Flüchtlinge beschlossen. Der Preis wird abgeleitet von der CC-Abonnementskarte für den Großbereich Hamburg abzüglich des Sozialkartenrabatts. Diese 29 Euro werden dann mit den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verrechnet.

Die Mobilitätskarte ist verbindlich, wird den Flüchtlingen direkt bei ihrer Erstregistrierung übergeben und gilt während des gesamten Aufenthaltszeitraums in einer Erstaufnahmeeinrichtung. Im Anschluss können die Flüchtlinge dann die reguläre Sozialkarte nutzen.

Frank Schmitt sieht darin eine positive Entwicklung: „Auf diese Weise bauen wir unnötige Bürokratie bei der Ausgabe einzelner Fahrscheine ab und fördern auf praktischer Ebene die Integration. Mit der Mobilitätskarte können die Neu-Hamburger nun viel einfacher ihre neue Heimat erkunden, an Freizeitangeboten teilnehmen oder einen Arzt aufsuchen.“

Kinderbetreuung

Weitere Verbesserungen im Betreuungsschlüssel

Hamburg ist bei der Kinderbetreuung bereits Vorbild – trotzdem bringen die Koalitionspartner weitere Verbesserungen voran. Die nächste Etappe steht zum 1. August dieses Jahres an. Dann soll die Fachkraft-Kind-Relation in der Krippe für die Kinder im Alter von 25 bis 36 Monaten um 10 Prozent angehoben werden. Damit kommt dieser Schritt ein Jahr früher als ursprünglich in der Eckpunktevereinbarung mit den Kita-Verbänden vorgesehen.

Frank Schmitt freut sich über diese neue Etappe zur Verbesserung der Betreuungsqualität: „Wir wollen an diesem Kurs festhalten und die Betreuung unserer Kleinsten in der Stadt weiterhin Schritt für Schritt verbessern. Ziel ist es, zum Sommer 2019 im Krippenbereich insgesamt einen Personalschlüssel von 1 zu 4 zu erreichen.“

Daneben fördert der Senat weiterhin in besonderem Maße Kitas mit einem hohen Anteil an Kindern mit Sprachförderbedarf oder mit Kindern aus sozial benachteiligten Familien. Von dem 2013 eingeführten Programm „Kita-Plus“ profitieren seit dem 1. Januar sogar noch rund 40 Kitas mehr als zuvor und damit insgesamt knapp ein Drittel aller Hamburger Kitas.

Familienausschuss

Mehr und bessere Angebote für Flüchtlingskinder

Mit seiner Fraktion hat Frank Schmitt im Zuge der Flüchtlingsdebatte den Ausbau von verschiedenen, bereits in Hamburg etablierten Betreuungsangeboten für Kinder auf den Weg gebracht. Dabei handelt es sich um eine Mischung aus aufsuchenden und im Stadtteil integrierten Angeboten. Zusätzliche Mittel gibt es somit für Eltern-Kind-Zentren (EKiZ), Elternlotsen, Spielmobile und die offene Kinder- und Jugendarbeit.

Von den Spielmobilen gibt es bereits sieben in Hamburg, drei weitere sollen nun hinzukommen. Mit diesen Fahrzeugen und zahlreichen Spielzeugen im Gepäck können jeweils zwei pädagogische Mitarbeiter zu verschiedenen Standorten fahren und dort für die Kinder und Jugendlichen Aktivitäten anbieten. So sind Spielmobile eine ganz einfache Möglichkeit den Kindern Abwechslung und Freude zu ermöglichen.

Die Spielmobile fahren sowohl Flüchtlingsunterkünfte als auch andere Standorte an. Die geplanten neuen Eltern-Kind-Zentren und die daran angebotenen Elternlotsen sollen vor allem im Umfeld der geplanten Großunterkünfte zum Einsatz kommen.

Die Eltern-Kind-Zentren werden an vorhandene Kindertagesstätten angegliedert. Somit stehen sie sowohl den Flüchtlingsfamilien aus den benachbarten Unterkünften als auch allen anderen Familien aus dem Stadtteil offen. Dort können die Familien zahlreiche Kursangebote sowie Informations- und Beratungsangebote nutzen. Gerade geflüchtete Eltern und Kinder können auf diesem Weg frühzeitig an die institutionelle Kindertagesbetreuung herangeführt werden, die sie aus ihren Herkunftsländern so oft nicht kennen. Zudem werden die qualifizierten Elternlotsen mit eigenem Migrationshintergrund an die EKIZ angegliedert und gehen in die Unterkünfte, sprechen die Eltern dort an und bieten an, die Familien zu den Angeboten der EKIZ oder anderer Einrichtungen zu begleiten. Damit übernehmen sie eine wichtige Funktion als Ansprechpartner, Kultur- und Sprachvermittler.

Um die Integration in die Umgebung zu fördern, soll darüber hinaus die offene Kinder- und Jugendarbeit gestärkt werden. Eine Million Euro zusätzlich sollen in die Ausstattung der Einrichtungen und die Fortbildung ihrer Mitarbeiter fließen. Denn die freiwilligen Angebote bieten den geflüchteten Kinder und Jugendliche eine gute Gelegenheit mit Gleichaltrigen in Kontakt zu kommen und dabei ihre Sprach- sowie Kultur- und Sozialkompetenz spielerisch auszubauen.

„Bei diesen verschiedenen Angeboten greifen wir auf bereits erfolgreiche und bewährte Konzepte zurück. Bei der großen Zahl von zu uns kommenden Familien müssen wir reagieren und die Angebote ausweiten. Wir wollen den Kindern und Jugendlichen mit ihren Familien einen möglichst guten Start in diesem für sie fremden Land ermöglichen“, betont Frank Schmitt.

Familienausschuss

Jugendämter personell gestärkt

Der Kinderschutz bleibt in Hamburg ein wichtiges Thema. Der Familienausschuss hat sich mit der Personalsituation in den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) beschäftigt. Der Senat stellte dabei das neue Personalbemessungssystem vor, dessen Entwicklung der Untersuchungsausschuss „Yagmur – Kinderschutz in Hamburg“ empfohlen hatte. Diesem gehörte in der letzten Wahlperiode auch Frank Schmitt an.

Um heute und zukünftig den Bedarf an Personal feststellen zu können, wurde ein Qualitätsmanagementsystem entwickelt, in dem fachliche Qualitätsstandards und Verfahrensabläufe für alle Aufgaben des ASD beschrieben wurden. Anschließend wurden die Zeiten erfasst, die zur Bearbeitung der einzelnen Aufgaben benötigt werden. Darüber hinaus wurde ausgewertet, wie häufig die jeweiligen Aufgaben anfallen. Aus den fachlichen Qualitätsstandards, den Zeiten und Häufigkeiten errechnet sich der Personalbedarf. Im Ergebnis sind weitere 75,48 Stellen für den ASD dauerhaft eingerichtet worden.

„Gerade vor dem Hintergrund aktueller Fälle von Kindeswohlgefährdung müssen wir uns weiterhin intensiv um Verbesserungen im Kinderschutz bemühen“, unterstreicht Frank Schmitt. „Im Mittelpunkt des Handelns der Jugendhilfe stehen die Familien und die Kinder. Sie sind auf engagierte und qualifizierte Fachkräfte im ASD angewiesen, die ihnen kontinuierlich zur Verfügung stehen. Den Bedürfnissen der Kinder und Familien wollen wir gerecht werden. Dafür gibt die Personalbemessung nun den Rahmen vor und schafft einheitliche und verbindliche Qualitätsstandards für die Personalplanung.“

Termine

Rathaustermine

Bürgerschaftssitzungen

Plenarsaal im Rathaus

Für die Sitzungen der Bürgerschaft sollten Sie frühzeitig einen der be-grenzten Plätze kostenfrei im Büro von Frank Schmitt reservieren.

Mittwoch, 13. April, 15 Uhr

Donnerstag, 14. April, 15 Uhr

Mittwoch, 27. April, 15 Uhr

Mittwoch, 11. Mai, 15 Uhr

Donnerstag, 12. Mai, 15 Uhr

Mittwoch, 25. Mai, 15 Uhr

Mittwoch, 15. Juni, 15 Uhr

Donnerstag, 16. Juni, 15 Uhr

Mittwoch, 29. Juni, 15 Uhr

Ausschusssitzungen

Die Ausschüsse tagen öffentlich, einer Anmeldung bedarf es nicht.

Verfassungs- und Bezirksausschuss

Di, 05.04., 17 Uhr, Rathaus Raum 151

Di, 26.04., 17 Uhr, Rathaus, Raum 151

Di, 24.05., 17 Uhr, Rathaus, Raum 151

Unterausschuss Stärkung der Bürgerschaft

Fr, 22.04., 17 Uhr, Rathaus, Raum 151

Do, 09.06., 17 Uhr, Rathaus, Raum 151

Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

Fr, 15.04., 17 Uhr, Schmiedestr. 2, Saal 1

Do, 26.05., 17 Uhr, Schmiedestr. 2, Saal 1

Fr, 17.06., 17 Uhr, Schmiedestr. 2, Saal 1

Verkehrsausschuss

Di, 12.04., 17 Uhr, Schmiedestr. 2, Saal 1

Di, 10.05., 17 Uhr, Schmiedestr. 2, Saal 1

Di, 21.06., 17 Uhr, Schmiedestr. 2, Saal 1

„Auf ein Wort“ – die neue Samstagssprechstunde

„Auf ein Wort“ mit Frank Schmitt: Ab sofort macht Frank Schmitt den Bürgerinnen und Bürgern in seinem Wahlkreis im Hamburger Westen ein Gesprächsangebot in neuem Format.

Jeden vierten Sonnabend im Monat ist sein Abgeordnetenbüro von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Frank Schmitt steht an diesen Tagen persönlich zum Gespräch zur Verfügung. Kommen Sie einfach spontan vorbei!

Jeder vierte Sonnabend im Monat

23. April

28. Mai

25. Juni

jeweils von 10 bis 12 Uhr

Abgeordnetenbüro, Luruper Hauptstr. 274

Ein Jahr rot-grüne Koalition

April 2015 in Hamburg: Der rot-grüne Koalitionsvertrag wird unterschrieben. Ein Jahr danach informieren die Wahlkreisabgeordneten der SPD Anne Krischok und Frank Schmitt über ihre politische Arbeit, über bereits Erreichtes und noch Ausstehendes. Kommen Sie vorbei und diskutieren Sie mit! Eine Anmeldung ist jeweils nicht erforderlich.

Mittwoch, 6. April, 18 Uhr

Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38, 22547 Hamburg

Mittwoch, 20. April, 19 Uhr

Gorch-Fock-Schule, Karstenstraße 22, 22587 Hamburg

Rathausführungen

Da die Zahl der Plätze begrenzt ist, melden Sie sich bitte frühzeitig im Abgeordnetenbüro an.

Rathausführung mit Bürgerschaftssitzung

Frank Schmitt führt seine Gäste persönlich durch das Rathaus. Im Anschluss verfolgen die Teilnehmer die Debatte der Bürgerschaft von der Loge aus.

Donnerstag, 14. April, 12:45 Uhr

Mittwoch, 15. Juni, 12:45 Uhr

Treffpunkt jeweils in der Rathausdiele

Rathausführung

Erfahren Sie Neues über die Hamburger Politik und Geschichte. Frank Schmitt führt Sie persönlich durch das Rathaus.

Sonntag, 24. April, 14 Uhr

Treffpunkt in der Rathausdiele